

## **Amtsrichterliche Arbeitsgestaltung und Arbeitsbelastung**

### **Gerechtigkeit kostet Geld**

Unter der Leitung von DAG Benesch und RAG Dr. Laroche, näherten sich die Teilnehmer der Thematik zunächst in freiem Brainstorming.

Schnell konnte Einigkeit erzielt werden, dass wir unserer Berufsethik schuldig sind, auch bei den herrschenden Arbeitsbedingungen keinerlei Abstriche an der Qualität unserer Arbeit machen zu wollen, und dass wir erkennbare Tendenzen, die Qualität zu reduzieren, nicht hinzunehmen bereit sind. Dabei ist wichtig zu betonen, dass der Begriff Qualität in Bezug auf richterliche Arbeit vielschichtig ist und an der befriedigenden Streitbeilegung im Interesse der Rechtssuchenden orientiert sein muss. Es kann nicht deutlich genug betont werden, dass weder die vielzitierte „Verfahrensdauer“ noch irgendwelche „Erledigungszahlen“ für sich genommen geeignetes Kriterium der Qualitätsmessung sind, auch wenn eine zügige Erledigung im Interesse aller - sowohl der Rechtssuchenden als auch der Menschen in der Justiz - selbstverständlich ist. Deshalb muss es uns ein Anliegen sein, die vorhandene Zeit effektiv zu nutzen. Hier können zweifelsfrei in vielen Fällen brachliegende Binnenressourcen nutzbar gemacht werden. Dies beginnt bei einer guten Ausbildung für den Beruf des Amtsrichters, auf den weder das Referendariat noch die Zeit in der landgerichtlichen Zivilkammer ausreichend vorbereiten. Fragen der Organisation des amtsrichterlichen Dezernats und der spezifisch amtsrichterlichen Prozessführung werden nicht oder nicht ausreichend gelehrt. Hier können vorhandene Instrumente wie Mentorensysteme am Amtsgericht und Kollegiale Beratung (Intervision) wertvolle Hilfe leisten - wobei festzuhalten gilt, dass gerade letzteres als Angebot sich nicht auf junge Richter beschränkt, sondern auch der erfahrene Amtsrichter gut daran tut, den kollegialen Rat der Kollegen zu suchen und anzunehmen.

Einigkeit bestand ebenfalls, dass die derzeitige Personal- und Belastungssituation den (noch) hohen Qualitätsstandard und die hohen Qualitätsanforderungen, die wir an uns - vor allem aber die Rechtssuchenden an uns - stellen, und die ein bedeutender stabilisierender Faktor unserer Gesellschaft sind, massiv gefährdet. Hier ist die Politik, die so gerne den Standortvorteil Justiz herausstreicht, gefragt.

Da sich im Laufe der Diskussion immer mehr kristallisierte, dass das Thema des Workshops vielschichtig ist und deshalb viele Themen nur angerissen werden können, wurde sich bei den zu formulierenden Thesen und Forderungen an die Politik auf den derzeit wohl drängendsten Bereich beschränkt.

## Gerechtigkeit kostet Geld

Als 3.Staatsgewalt obliegt es uns ganz besonders, für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen. Dies setzt ganz selbstverständlich eine angemessene Personal- und Sachausstattung der Amtsgerichte voraus, die einigen Bereichen stark gefährdet, in anderen bereits nicht mehr ausreichend ist. Diese Grundvoraussetzungen (wieder) herzustellen, ist deshalb unser derzeit wichtigstes Anliegen. Es lässt sich auf einen knappen Nenner bringen: „*Gerechtigkeit kostet Geld*“.

Unter dieser Überschrift hat der Workshop seine Thesen und Forderungen gestellt. Dabei konnte schnell weitgehende Einigkeit erzielt werden. Lediglich die Frage, ob ein auf die Bedürfnisse des Amtsgerichts zugeschnittene Überarbeitung von Verfahrens- und Beweisrecht zu fordern ist, die dem Richter Zeit verschafft, sich ohne überflüssige Verfahrensfesseln mit den einzelnen Fällen zu beschäftigen, war hoch umstritten und nicht konsensfähig. Da die Gefahr gesehen wurde, eine solche Forderung könne als Verzicht auf Rechtsstaatlichkeit oder Abkehr von Qualitätsansprüchen missverstanden werden, fand die These „*Das Verfahrens- und Beweisrecht ist an seiner Praxistauglichkeit zu messen*“ nach intensiver Diskussion bei Stimmgleichheit im Workshop keine Mehrheit und wurde im Plenum - ohne Aussprache - mehrheitlich abgelehnt. Alle weiteren Thesen wurden sowohl im Workshop als auch im Plenum einstimmig angenommen und haben vollständig Eingang in die Resolution des Amtsrichtertages 2009 gefunden.

Kontakt für Rückfragen und zur weiteren Diskussion:  
Dr. Peter Laroche, AG Wuppertal, peter.laroche@drb-nrw.de